

Butschek, Felix

Article

Wirtschaftspublizistik und Wirtschaftspolitik

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Butschek, Felix (2012) : Wirtschaftspublizistik und Wirtschaftspolitik, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 38, Iss. 2, pp. 448-453

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332881>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspublizistik und Wirtschaftspolitik

Felix Butschek

Der Wirtschaftspublizistik kommt im Rahmen der Ökonomie eines Landes eine ähnliche Funktion zu, wie der Presse für die Demokratie. Das betrifft zunächst die Information der Öffentlichkeit, aber vor allem die Reflexion der wirtschaftspolitischen Aktivitäten. Besonders letztere Aufgabe übersteigt zumeist die Möglichkeiten der Tagespresse, welche sich notwendiger Weise den tagespolitischen Ereignissen zuwenden muss; die grundsätzliche, und längerfristige Problematik wird daher von den periodischen Publikationen wahrgenommen. Auch hier war England als Pionier der Industriellen Revolution vorangegangen, da schon 1843 der „Economist“ erschienen war.

Der Österreichische Volkswirt

Österreich folgte 1908 mit der Gründung der Wochenzeitschrift „Der Österreichische Volkswirt“ durch Walter Federn welcher bis 1934 als Herausgeber fungierte. Zwischen 1914 und 1935 wurde er in dieser Position von Gustav Stolper unterstützt. Die Zeitschrift, über deren Entwicklung Günther Chaloupek eine umfassende Studie erarbeitet hat,¹ erwies sich als außerordentlich erfolgreich, da sie nicht nur innerhalb der Monarchie häufig, sondern darüber hinaus auch im benachbarten Ausland gelesen wurde. Das angestrebte hohe fachliche Niveau stellte nicht nur die Qualifikation der Herausgeber sicher, sondern auch die Mitarbeit vieler Größen der österreichischen Nationalökonomie, wie etwa Joseph Schumpeter, Gottfried Haberler, Friedrich A. Hayek, Fritz Machlup und Oskar Morgenstern. Damit wurde die Zeitschrift zu einer allseits respektierten wirtschaftspolitischen Publikation.

Die Linie des Blattes könnte man mit dem etwas unscharfen Begriff „linksliberal“ bezeichnen. Das bedeutete, dass die Marktwirtschaft als Basis der Erörterungen betrachtet wurde, jedoch eingeschränkt nicht nur durch sozialpolitische Erfordernisse, sondern auch grundsätzlich durch Eingriffe wirtschaftspolitischer Art. Die Herausgeber legten daher auch eine gewisse Sympathie für die Sozialdemokratie an den Tag, lehnten

jedoch den Marxismus ebenso ab, wie die Interventionsscheu der Österreichischen Schule.²

Der Österreichische Volkswirt erfreute sich hohen Ansehens in den Kreisen der Wirtschaft wurde aber auch von der Regierung respektiert, obwohl er häufig die staatliche Wirtschaftspolitik kritisierte – nicht immer zu Recht. Als Beispiel mag die Ablehnung der Stabilisierungspolitik durch die Regierung Seipel gelten. Die Herausgeber lehnten die „Genfer Sanierung“ nicht nur deshalb ab, weil sie gravierende Einschnitte in die Souveränität des Landes mit sich brachte und, nach Meinung des Blattes, aus eigener Kraft hätte ebenso erreicht werden können, sondern vor allem darum, weil die Stabilisierung misslingen würde. Zur allgemeinen Überraschung war das aber schon 1924 der Fall, und die österreichische Wirtschaft erlebte bis 1929 einen einigermaßen befriedigenden Aufschwung. Freilich stieg Arbeitslosigkeit deutlich an.³

Was die Frage der „Lebensfähigkeit“ Österreichs nach dem 1. Weltkrieg anbelangt, bewegte sich der Österreichische Volkswirt durchaus im Rahmen des mainstreams. Stolper sah in seinem Buch „Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem“ (1921) die Lösung dieses Problems im „Anschluss“ an Deutschland. Eine Gegenposition vertraten nur Schumpeter, Hertz und die Autoren einer Studie des Völkerbundes.⁴ Hertz hatte schon während des Krieges auf die industrielle Kapazität des heutigen Bundesgebietes hingewiesen⁵, ein Faktum, welches in dieser Debatte gern übersehen wurde, in welcher häufig nur vom „Wasserkopf“ Wien die Rede war.

Auf die Argumente dieser Autoren ging Federn allerdings in der Weise ein, dass er nicht die industrielle Kapazität Österreichs in Frage stellte, aber meinte, die strukturelle Anpassung an die neuen Gegebenheiten, insbesondere auch im Hinblick auf die Abschließungstendenzen der Nachfolgestaaten, werde in absehbarer Zeit nicht möglich sein.⁶

In mancher Hinsicht charakteristisch für die Einstellung des Österreichischen Volkswirts erwies sich sein Vorgehen in der Debatte über eine präkeynesianische Studie. 1932 hatten Dr. Otto Deutsch (ein Wirtschaftsredakteur der „Neuen Freien Presse“) sowie Ing. Alexander Verte's (ein Beamter?) ein Buch mit dem Titel „Aufbau nicht Abbau“ publiziert, welches die Arbeitslosigkeit in Österreich vollständig beseitigen wollte. Dieses Ziel sollte durch ein umfangreiches Programm von Investitionen in die Infrastruktur erreicht werden. Die Finanzierung dieses Projekts wäre durch eine Anleihe von 400 bis 500 Millionen Schilling sicherzustellen gewesen, später hätten sich zusätzliche Mittel aus der ersparten Arbeitslosenunterstützung ergeben sollen. Das Interessante dieser Studie liegt aber nicht nur in ihrem makroökonomischen Ansatz, sondern auch darin, dass die Autoren einen veritablen Multiplikator entwickelten⁷.

Die Arbeit wurde von Woytinski, einem deutschen Präkeynesianer und

Mitverfasser des WTB Plans der deutschen Gewerkschaften, wärmstens im Anhang des Buches begrüßt. Nur die Wirkungen des Multiplikators scheinen ihm zu optimistisch, weil die Autoren gewisse Abflüsse der Ausgaben nicht berücksichtigt hätten. Ebenso erachtet er die Annahmen über die eingesparten Arbeitslosenunterstützungen als zu optimistisch. Der Österreichische Volkswirt ließ dem Buch eine kurze abschätzige Rezension von Federn zu Teil werden, vor allem deshalb, weil den ins Auge gefassten Investitionen die Profitabilität und damit die Finanzierungsmöglichkeit über Anleihen fehle (Nr. 3, Oktober 1932). Jedoch sah sich die Redaktion schon im November dieses Jahres (Nr.6) veranlasst, die Diskussion darüber zu eröffnen, weil „... erstaunlicher Weise selbst in Kreisen des öffentlichen Lebens, die man sonst ernst zu nehmen gewohnt ist, die Stimmen von Wirtschaftsführern nicht verstummen, die sich für den Plan einsetzen“. Das änderte freilich nichts an der negativen Haltung der Zeitschrift, welche durch Polanyi und Haberler vorgetragen wurde. Die Ablehnung erfolgte teilweise systemimmanent, weil der Ausgabenmultiplikator als viel zu optimistisch betrachtet wurde, andererseits damit, dass eine solche Vorgangsweise zu Inflation führen müsse. Die Redaktion räumte den Autoren zwar die Möglichkeit zur Stellungnahme ein, doch änderte sich dadurch nichts an ihrer ablehnenden Haltung.⁸

Diese Diskussion demonstriert zunächst das hohe Niveau der wirtschaftspolitischen Erörterungen im Österreich der dreißiger Jahre, aber auch die Position des Österreichischen Volkswirts, welcher zwar den Markt durchaus auch kritisch sah, jedoch den neuen makroökonomischen Ansätzen nichts abgewinnen konnte. Dennoch war er bereit, den Vertretern dieser Gedanken bei sich Gelegenheit zur Diskussion einzuräumen.

Mit der Okkupation durch das nationalsozialistische Deutschland wurde der Österreichische Volkswirt eingestellt. Er erlebte nach 1945 eine Neuauflage, vermochte sich aber unter den geänderten Bedingungen nicht mehr durchzusetzen und wurde schließlich 1998 eingestellt.

Horst Knapp und die Finanznachrichten

Der Darstellung über die 1. Republik kann man entnehmen, dass die Bedeutung einer wirtschaftspolitischen Publikation in hohem Maße von der Qualifikation des Herausgebers abhängt. Das traf gleichermaßen für die Periode nach 1945 zu. Sie war publizistisch geprägt durch Horst Knapp. Dieser wurde 1925 in Wien geboren, arbeitete zunächst als Redakteur für United Press International und später als freier Journalist. Während dieser Zeit verfasste er unter dem Pseudonym Herbert Breit wöchentlich einen Wirtschaftskommentar in der liberal-sozialistischen Zeitschrift „Heute“. Darin demonstrierte er schon alle die Vorzüge, welche

ihn später auszeichneten. Dazu zählten nicht nur sein eindrucksvolles – theoretisch fundiertes – Fachwissen, sondern – in einer ideologisch noch recht verhärteten Landschaft – das Bemühen um objektive Darstellung. Als das Wochenblatt nach vehementen Attacken des linken Flügels der SPÖ, insbesondere des Nationalratsabgeordneten Czernetz, des Leiters der sozialistischen Bildungszentrale, eingestellt wurde, übernahm er die Herausgeberschaft der Wochenschrift für Wirtschaftspolitik „Finanznachrichten“. Diese bis dahin einem kleinen Leserkreis vorbehaltene Publikation, die sich vor allem Bilanzanalysen widmete, erhielt einen völlig neuen Charakter. Zwar wurde auch weiterhin Bilanzanalysen publiziert, doch der Schwerpunkt lag nunmehr bei der Diskussion aktueller wirtschaftspolitischer Fragen.

Die Bedeutung Horst Knapps ergab sich jedoch auch aus dem zeitgenössischen wirtschaftspolitischen Umfeld. Einerseits wurde er dadurch beeinflusst, andererseits trug er seinerseits dazu bei, dieses zu formen. Darin vollzog nämlich ein grundlegender Wandel. Nach 1945 existierten in Österreich kaum geschulte Nationalökonominnen. Die Hochschule für Welt-handel (heute Wirtschaftsuniversität) war stärker betriebswirtschaftlich orientiert und auf der Universität wurde Nationalökonomie nur rudimentär im dritten Studienabschnitt der Juristen gelehrt. Die Experten der Banken richteten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf den Geld- und Kapitalmarkt, was eher den Erfordernissen der 1. Republik entsprach, nicht aber jenen der Nachkriegsperiode. Die genannten Märkte traten nunmehr gegenüber jenen der Produktion und des Arbeitsmarktes in den Hintergrund – umso mehr, als sie zunächst überhaupt keine Rolle spielten und auch strikt reguliert blieben. Es begann die Periode des „Produktionskapitalismus“ (Hans Seidel).

Dazu kam, dass sich die wirtschaftspolitischen Strukturen nunmehr insofern fundamental geändert hatten, als darin die Sozialpartner eine immer gewichtigere Rolle einnahmen⁹. Und schließlich hatte sich auch ein Wechsel des nationalökonomischen Paradigmas vollzogen: die Neoklassik – sowie die Österreichische Schule – waren vom Keynesianismus abgelöst worden.

Die Ökonomen, welche in der Lage waren, zeitgemäße wirtschaftspolitische Ansätze zu formulieren beschränkten sich daher vorerst auf einen sehr kleinen Kreis. Sie rekrutierten sich aus Mitgliedern des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, der Arbeiterkammer, des ÖGB, der damaligen Handelskammer, der Nationalbank, – einigen – Universitätsprofessoren sowie Horst Knapp. Der wirtschaftspolitische Referent der Wiener Handelskammer und Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Max Mitic, organisierte ein wöchentliches Treffen dieser Ökonomen-Runde in einem Kaffeehaus – was deren Umfang charakterisiert – worin die aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen diskutiert wurden. Universi-

tätsprofessor Theodor Pütz versuchte, diesen Kreis im Rahmen eines Privatissimums auch in die Universität Wien einzubinden. Er hatte die Bedeutung der Sozialpartner für die österreichische Wirtschaftspolitik bereits erkannt, was seinen Niederschlag auch in einer umfangreichen Publikation fand: Th. Pütz (Hg.), *Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich*, Berlin, 1966).

Dieser Ökonomenkreis gewann immer mehr an Einfluss und bildete schließlich die Basis der Mitarbeiter im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Also jenem Diskussionsforum in welchem die Vertreter der Sozialpartner, aber auch der Bundesregierung, sich bemühten, für wirtschaftliche Probleme gemeinsame Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Obwohl sich die nicht parteipolitisch gebundene ökonomische Analyse auch mehr und mehr in den wissenschaftlichen Publikationen der Interessenvertretungen (*Arbeit und Wirtschaft*, *Wirtschaftspolitische Blätter*) durchzusetzen begann, boten die Finanznachrichten die Möglichkeit, auch kürzere und aktuelle Arbeiten zu veröffentlichen.

Horst Knapp beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Herausgabe der Finanznachrichten, sein publizistischer Ehrgeiz ging dahin, die öffentliche Debatte sachlich zu fundieren. Er verfasste daher eine große Zahl von Broschüren, welche auf einfache, aber ökonomisch korrekte Weise, einem breiteren Kreis von Interessierten, die Wirtschaftsprobleme des Landes verständlich machen sollten.

Schließlich beschränkte sich Horst Knapp nicht nur darauf, die Wirtschaftspolitik zu kommentieren oder durch Beratung zu unterstützen, sondern er versuchte, direkt in ihre Gestaltung einzugreifen. Er tat das zunächst durch entsprechende Kommentare in den Finanznachrichten, welche aber dazu führten, dass er von Politikern eingeladen wurde, seine Überlegungen mündlich vorzutragen.

Die ökonomische Problematik lag Ende sechziger Jahre im Entstehen der „Stagflation“, also einem schwachen Wirtschaftswachstum mit steigender Inflation; verursacht nicht zuletzt dadurch, dass die Lohnsteigerungen weit über den Produktivitätszuwachs hinausgegangen waren. Knapps Vorschlag ging dahin, dass Sozialpartner und Regierung zusammentreten sollten, um gemeinsam eine den Problemen entsprechende Wirtschaftspolitik zu konzipieren. Das bedeutete den Lohnanstieg zu begrenzen, umgekehrt sollte die Inflationsbekämpfung nicht durch eine klassische Restriktionspolitik erfolgen, sondern durch eine solche der Expansion. Tatsächlich gingen die Lohnsteigerungen 1967 deutlich zurück, und Geld sowie Fiskalpolitik blieben eher expansiv – freilich vor dem Hintergrund des „Goldenen Zeitalters“ in Westeuropa. Sicherlich wurde damit jene Tradition gestärkt, die in Österreich praktisch bis in die Gegenwart nachwirkt und damals dazu beitrug, dass 1968 der „längste Aufschwung der österreichischen Wirtschaftsgeschichte“ einsetzte, welcher bis 1974 vorhielt.

Bundeskanzler Klaus verabsäumte es nicht, Horst Knapp schriftlich für seine Bemühungen zu danken.¹⁰

Dessen plötzlicher Tod 1996 beendete diese Periode eines Wirtschaftsjournalismus höchsten Niveaus in Österreich nach 1945. Ein gewisser Ausgleich kam allerdings dadurch zu Stande, dass sich im Laufe der Jahre die Qualität der Redakteure in den Tageszeitung wesentlich verbessert hat und sich diese immer häufiger auch längerfristigen und grundsätzlichen Fragen zuwenden. Und das gilt nicht nur für die Blätter, welche in Österreich erscheinen, sondern auch jene ausländischen, welche intensiv über die österreichische Wirtschaft berichten.

Anmerkungen

- ¹ Chaloupek, 2011.
- ² Chaloupek, 2011, S. 75.
- ³ Chaloupek, S. 78.
- ⁴ Layton, Rist, 1925.
- ⁵ Hertz, 1917.
- ⁶ Chaloupek, 2011, S. 82.
- ⁷ Butschek, 1997, S. 108.
- ⁸ Butschek, 1993, S. 177.
- ⁹ Butschek, 2011, S. 311.
- ¹⁰ Knapp, 1996, S. 11.

Literatur

- Butschek, F., Präkeynesianismus in Österreich, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Nr. 2/1993.
- Butschek, F., *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Wien – Köln – Weimar, 2011.
- Chaloupek, G., From Stabilization to Depression; Comments in the *Österreichische Volkswirt* on Economic Policy in Austria Between 1923 and 1929, in Backhaus J. G. (ed.), *The Beginning of Scholarly Economic Journalism. The Austrian Economist and The German Economist*, 2011.
- Deutsch, O., Verte's, A., *Aufbau nicht Abbau*, Wien, 1932.
- Hertz, F., *Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege*, Wien, 1917.
- Knapp, H., Big Bargain in Kausel, A. (Hg.), Horst Knapp. „Big Bargain“ und andere Beiträge aus vier Jahrzehnten, Wien, 1996.
- Layton, W. T., Rist, Ch., *The Economic Situation of Austria*, Report Presented to the League of Nations, Geneva, 1925.
- Stolper, G., *Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem*, München, 1921.